

## Politiker unterstützen Hasse & Wrede-Belegschaft

**LINKE und Grüne wollen Druck auf Geschäftsführung ausüben, um Verlagerung nach Tschechien zu verhindern**

Zu einer Versammlung hatte der Betriebsrat von Hasse & Wrede am Montagnachmittag eingeladen. Thema: die geplante Verlagerung des Werkes nach Liberec an der deutsch-tschechischen Grenze. Hasse & Wrede ist ein Tochterunternehmen der Knorr-Bremse AG und fertigt in Marzahn Drehschwingdämpfer. Ab Herbst soll die Produktion komplett verlagert werden, 125 Mitarbeiter würden dann ihren Arbeitsplatz verlieren (»nd« berichtete).

Die Pläne sind Teil der Maßnahmen, die die Münchner Geschäftsführung von Knorr-Bremse durchsetzen möchte, um Kosten zu sparen - trotz hoher Gewinne bei Knorr-Bremse und schwarzer Zahlen bei Hasse & Wrede. Die »Umstrukturierungsmaßnahmen« sehen auch vor, dass die Kollegen der KB PowerTech - seit Kurzem ebenfalls eine Tochter von Knorr-Bremse - in die Räume in Marzahn ziehen sollen, die bisher Hasse & Wrede beherbergen. Und die PowerTech-Kollegen sollen ohne Lohnausgleich statt bisher 38 zukünftig 42 Stunden in der Woche arbeiten. Denn Knorr-Bremse ist schon vor Jahren aus der Tarifbindung ausgestiegen.

Das Vorgehen der Geschäftsführung hat in den vergangenen Wochen für Empörung gesorgt. »Das Geschäftsgebaren von Knorr-Bremse ist eine Schande. Für einige Promille mehr Marge setzt der Konzern die Zukunft seiner Beschäftigten und ihrer Familien aufs Spiel. Damit untergräbt er die in Deutschland erfolgreiche Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Beschäftigten«, kommentiert Klaus Abel, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Berlin, die Pläne. Mehr als fünfzig Solidaritätsbekundungen von Belegschaften aus der ganzen Republik seien ihnen zugeschickt worden, sagt Uwe Poeggel, Betriebsrat bei Hasse & Wrede.

Das Thema hat auch die Politik erreicht. Auf der Betriebsversammlung am Montag sprachen Manuela Schmidt (LINKE), Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Stefan Ziller (Grüne) und Petra Pau (LINKE), Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Sie versprachen der Belegschaft Unterstützung. »Endlich hat sich die Politik zu Wort gemeldet. Das ist für uns als Belegschaft sehr wichtig«, sagt Poeggel.

Die politischen Handlungsmöglichkeiten sind indes begrenzt. »Als Landespolitik können wir nicht so viel tun, es handelt sich ja um ein Privatunternehmen«, sagt Schmidt. Das, was möglich ist, werde man tun: vor allem, öffentlich Druck ausüben. Die rot-rot-grüne Koalition werde, so Schmidt, Stellung beziehen und klar machen, dass gute Arbeit auch Standortsicherheit bedeute. »Diese Verlagerung wird nicht still und heimlich vonstattengehen können«. Dass öffentlicher Druck die Geschäftsführung mindestens nervös macht, zeigte schon die Betriebsversammlung. Denn erst nachdem die IG Metall Ende vergangener Woche mitgeteilt hatte, dass Vertreter aus der Politik die Versammlung besuchen und dort mit den Beschäftigten ins Gespräch kommen werden, kündigte sich auch die Geschäftsführung aus München an. Sie hält bisher an den Plänen fest und trifft erste Vorbereitungen für die Verlagerung. So waren unter anderem Kollegen aus Liberec bei Hasse & Wrede zu Besuch, um sich umzusehen und angeleitet zu werden.

Ziel der Belegschaft von Hasse & Wrede aber ist es nach wie vor, den Standort zu erhalten. Als es jüngst zu Lieferengpässen kam, waren Kollegen sogar bereit, Sonderschichten einzulegen. Und das, obwohl sie entlassen werden sollen. Für Poeggel ist das ein klares Zeichen dafür, dass die Mitarbeiter bereit sind, sich für die Rettung ihrer Arbeitsplätze einzusetzen. Hoffnung, die Schließung doch noch abwenden zu können, ist jedenfalls da. »Wäre keine Hoffnung da, würden wir das ja alles gar nicht machen«, sagt Poeggel.